

«Es ist teurer, wenn man drei Zentren betreiben muss»

Die neue Lösung des Kantons für abgewiesene Asylsuchende kostet mehr als das abgelehnte Zentrum in Prêles. Sicherheitsdirektor Philippe Müller glaubt dennoch, dass das Parlament zustimmt.

Samstag 23. November 2019 14:35 von **Christian Zellweger**[@@chzellweger](mailto:czellweger@chzellweger)

"Der Bund" online vom 23.11.2019



Das Gelände auf dem Bieler Bözingenfeld, wo die bestehende Asylunterkunft umgenutzt werden soll. (Bild: Keystone)

Herr Müller, statt in Prêles sollen nun in Biel, Aarwangen und Gampelen abgewiesene Asylsuchende untergebracht werden ([lesen Sie hier: «Rückkehrzentren im Seeland statt in Prêles»](#)). Warum braucht es statt einem nun drei Standorte?

Es gab schlicht keine Alternative zu Prêles, die ebenso viel Platz geboten hätte. Deshalb müssen wir die Plätze nun auf mehrere Gemeinden verteilen.

Wie schwierig war es, diese Standorte zu finden?

Wir haben das Projekt bewusst sehr breit angelegt und mit allen Regierungsstatthaltern mögliche Standorte in allen Verwaltungskreisen abgeklärt. Diese Gemeinden haben wir dann möglichst früh informiert und einbezogen. Natürlich gab es Bedenken, die Diskussionen mit den Gemeinden sind auch jetzt noch nicht ganz abgeschlossen.



Das Zentrum in Aarwangen.

Welche Bedenken sind das?

Grundsätzlich befürchten die Gemeindevertreter, dass ein solches Zentrum in der Bevölkerung nicht gut ankommt. Die Gemeinden reissen sich natürlich nicht darum, abgewiesene Asylsuchende zu beherbergen. Zu den konkreten Anliegen der Einzelnen will ich nichts sagen.

Wie konnten Sie die Gemeinden dennoch überzeugen?

Es ist allen Gemeinden klar, dass es eine Aufgabe ist, welche der Kanton irgendwie lösen muss. Die Strategie, abgewiesene Asylsuchende separat unterzubringen, ist politisch so gewollt. Zudem gibt es an den designierten Standorten ja bereits gemischte Asylunterkünfte mit Rückkehrern und anderen Asylsuchenden, die nun umgewandelt werden. Für die Gemeinden, die sich nun möglicherweise zur Verfügung stellen, ändert sich also gar nicht so viel.

Der Standort Prêles scheiterte im Grossen Rat nicht zuletzt an den Kosten. Wie sehen diese mit dieser Lösung aus?

Es ist teurer, wenn man drei Zentren betreiben muss.

Glauben Sie, dass das Parlament das Projekt dennoch goutiert?

Ich denke schon. Die Asylsuchenden sind nun mal hier und müssen untergebracht werden. Und wir gehen ja teilweise auch auf die Kritik von Links ein, welche zentrumsnahe Unterbringungen forderte. Für Familien mit Kindern finde ich das durchaus vertretbar.



Die Unterkunft in Gampelen

Aber?

Eigentlich finde ich weiterhin, dass man nicht alle Ansprüche von Personen, welche das Land verlassen müssten, erfüllen sollte. Gerade bei jungen Männern halte ich es für zumutbar, wenn sie eher abgelegen untergebracht sind.

200 der insgesamt 450 Plätze befinden sich in Biel-Bözigen. Die Baubewilligung dort läuft aber nur bis 2021. Ist man schon auf der Suche nach weiteren Standorten?

Wir haben auch noch mit weiteren Gemeinden verhandelt. Es könnte ja sein, dass plötzlich wieder mehr Leute untergebracht werden müssen, da müssen wir sowieso vorbereitet sein. Ich glaube aber, dass wir in Biel sicher eine Lösung finden, um die Baubewilligung auch über 2021 zu verlängern. Da zähle ich natürlich auch auf die Stadt Biel.



Das Bözingenfeld in Biel

Wie geht es jetzt mit dem verworfenen Standort Prêles weiter?

Die Baudirektion sucht eine neue Verwendung. Im Zusammenhang mit der Planung für ein neues Gefängnis im Raum Berner Jura - Seeland wurde von Parlament gefordert, Prêles als möglichen Standort ebenfalls zu prüfen.

Und mit den Gebäuden des ehemaligen Jugendheimes?

Das kann man erst entscheiden, wenn klar ist, was auf dem Gelände geschieht. Für eine Justizvollzugsanstalt für den geschlossenen Vollzug sind sie nicht verwendbar.



Regierungsrat Philippe Müller (FDP) ist Vorsteher der Polizei- und Militärdirektion des Kantons Bern. (Bild: Patric Spahni)

Samstag 23. November 2019 14:35
von **Christian Zellweger**